

thessen werden
d. der den Kriegs- und
dingend heutigsten Pro-
Landes Nordrhein-West-
e von amtlicher briti-
12 Krankenhäuser und
Anfertigung der drin-
etwa 80.000 Kriegs-
ordrhein-Westfalen in

och wasser. Nach
straßenamtes Köln ist
Hochwasser eingetre-
an fast allen Rhein-
st werden. Der fort-
s auf dem Mittelrhein
außerdem zu starkem
tellen des Stromes.
onstruieren Ueber-
on am Donnerstag vor-
n beim Bürgermeister
ng. Jense vorher hatten
r und Angestellte von
dem Rathaus demon-
werkschaften wird mit
nsche beraten und sie
tragen.

edacht einer Kol-
end und ihn auf dem
u haben, hat sich die
beck in Hannover zu

ck für deutsche
Krenz, das britische
internationalen Pfad-
der Quäker in Braun-
britischen Hilfswerk
ischweig zusammenge-

Kriegsgefan-
te im Gericht bis zu
tenen in England kön-
tischen Zone Deutsch-
Sonabend von amt-
gegeben wird. (dpd)
deutscher Zug-
inen Zugteil für deut-
3. März ab der Nord-
L. 11 zwischen
n. Die Züge sind zu-
fahren über Münster
ich Zuchthaus
ebenslängliche Zucht-
aufnahme sieht eine
-Platz angenommene
Volksnahrung vor-
der Landesregierung
die Todesstrafe. (dpd)
nschaft gefun-
Werte von einigen
den Stahlkammern
billierte Sonderbeamt-
Geschenk eines zu-
das einzige Eigentum
ert, das man bisher
Untersuchungsbeamte
Thyssenbank Reichs-
von 500.000 Mark, die
liegen still.
lften wegen Kohlen-
Die Gesamtzahl der
ist damit auf 2778
stützungsberechtigten
rtete eine Vier-
Die Leipziger Messe
unter 30.000 aus dem
a. Die Zahl der Aus-
über 2700 im ver-
Zahl der Aussteller
igenen Jahr 240 be-

es hl. Willen ent-
ante morgen um 6.30
nnigsteilhaber Mann,
er, guter, treusogen-
wiesener, Grob-
Schwäger und Onkel
an Böing

urzum, schwerem, mit
leidet ertragenen Lei-
des hl. Stube-
74. Lebensjahr. Sein
neue Pflichterfüllung,
für die Seinen.
den ewigen Frieden
tiefer Trauer: Frau
Schlüter, Kinder u.
orka und Dülmen
Warendorf, Gemein-
den, den 23. Febr. 47,
hat Statgefunden.

Ungewöhnlich erhel-
traurige Nachricht:
ungstheilhaber Mann,
er und Schwäger,
er.

Kosthorst
49 bei Muthershausen
jahren gefahren ist.
ur der Lebens-
u. Maria Kosthorst
nebst Angehörigen,
tsfelder Str. 64. Das
stet am 10. März
in der Ewald-
einmalen wird.

Beweise herlicher
Tode unserer Be-
mutter und Schwä-
Hörbel sagen wir
rlichen Dank. Ge-
r. Sechswochen-
März, 7.45 Uhr, St.

mit Abstellraum geg-
tauschen ges. Näh.
VN Bocholt.
g mit Menseide und
en (Stadtmitte). Näh.
N Bocholt.

1 und 2. Egn. ca.
mirmen. Ang. unter
N Bocholt.

ledenes
J. kath., sucht die
ines lb., charakter-
g sich. Stellung von
stiften mit Bild unter
VN Bocholt.

J. kath., gebildet,
entschaft eines lb.,
on 20-25 J. Nur
stiften mit Bild unter
N Bocholt.
rt (Obers. Reife),
vestl., sucht, die
Gegend ltig. Brief-
kenntlich mit Heber,
chier. Einheirat auf
en vorhanden. Nur
mit Bild (zurück)
der Verhält. er-
Ehrensch. Ang.
N WN Borken.

Gefunden
von Nordallee bis
der Unterhosen. Gegen Be-
wesammsr. 5.
Ende Febr. zwid-
Ordre verloren.
mp, Gemen.

Westfälische Nachrichten

Jahrgang 2 / Nummer 19

Veröffentlicht unter Zustimmung Nr. 77 der Militärregierung

Samstag, 8. März 1947

Ein neues Seeungeheuer?



Nein, ein Tauchboot auf dem Comer-See, worin zwischen der Schweiz und Italien Mangelwaren hinüber und herüber geschmuggelt wurden. Auch der Schwarzhandel bedient sich der modernen Technik und versucht, der Polizei nicht mit x-belligen, sondern mit U-Booten ein X für ein U vorzumachen.

Leipziger Messe 1947

Regie interzonale Geschäftsabschlüsse

Leipzig, 7. März. — (DPD). Schon am Donnerstags übertraf die Zahl der geschäftlichen Besucher der Leipziger Messe die Gesamtzahl der Messe 1946. Auch am dritten Messetage stand infolge der regen Beteiligung aus anderen Zonen das Interzonengeschäft im Vordergrund. Aus den Westzonen bekundete sich vor allem Interesse für Textilwaren, Glas, Porzellan, Spielzeug, Kleinteile, chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse und Maschinen, in denen bemerkenswerte Abschlüsse gelangt wurden. Für Lieferung in die westlichen Besatzungszonen und für Export sind auf der Leipziger Messe Sonderkontingente bewilligt worden, die ohne Kompensationen aus der Sowjetunion geliefert werden können. Die Sonderkontingente erstrecken sich im wesentlichen auf Hausat, Textilien, Spiel- und Galanteriewaren, feinmechanische und optische Erzeugnisse, kunstgewerbliche Gegenstände und Produkte der elektrotechnischen, chemisch-pharmazeutischen und der Papierindustrie. Ausstellungsfirmen der britischen Besatzungszone berichteten über eine rege Kaufkraft. Dabei hat Westdeutschland ein besonderes Interesse für die Textilerzeugnisse der Ostzone, für kleine Eisenwaren, Spielwaren, Porzellan- und Glaswaren. Auch in landwirtschaftlichen Geräten sind mit südwestdeutschen Firmen Abschlüsse zustande gekommen. Im Auslandsgeschäft gab es vor allem Abschlüsse in Stoffen und Textilwaren, darunter besonders Damenstrümpfe, Möbelstoffe und Gar-

dinen, da die Rohstoffversorgung sich in diesen Branchen teilweise gebessert hat. Musikinstru- mente und Spielwaren waren ebenso nach dem Auslande lieferbar und reger gefragt. In der Glas- branche erteilte Norwegen größere Aufträge auf Thermometer.

Gesamtdeutsche Planung

Ein Zentralamt für gesamtdeutsche Planung wurde vom sächsischen Wirtschaftsminister Selbmann auf einer Sondertagung der Leipziger Messe gefordert. Die Planung sei notwen- dig, weil das Gleichgewicht der Wirtschaft durch den Krieg radikal gestört worden ist. Notgedrun- gen müsse man heute an die Selbstversorgung der eigenen Betriebe mit Gegenständen dringend- sten Bedarfs denken. Dies dürfe nun nicht dahin- führen, daß sich jede einzelne Zone abschließt, das wäre nur die Fehlleistung wirtschaftlicher Kraft, die wo anders dringend gebraucht werde. Die Forderung nach einer deutschen Orientie- rung der Wirtschaft an Stelle einer östlichen oder westlichen erhob der Minister unter dem Beifall der versammelten Wirtschaftspraktiker. Er betonte, es gehe um das Wohl des ganzen deutschen Volkes und es sei unmöglich, das be- deutende Geschäftsabschlüsse daran scheitern, daß einzelne Eisenbahndirektionen ihre Waggons nicht aus ihren Bezirken herauslassen. Diese Leipziger Tagung sollte den Ausgangspunkt für eine gesamtdeutsche Diskussion der Planungs- frage bilden.

Die Wirtschaftspolitik der USA

Truman fordert Abbau der Zölle und Aufhebung von Handelsbeschränkungen

Waco (Texas), 5. März. Neuordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen auf der Grund- lage der internationalen Wirtschaftsorganisation, Ausdehnung des Welthandels und Abbau von Zollschranken forderte Präsident Truman am Donnerstag in einer Rede, die er in der Baylor- Universität in Waco (Texas) hielt. (DPD)

Es gebe immer noch Leute, erklärte Truman, die glauben, man könne die internationale Zu- sammenarbeit auf das Gebiet der Politik be- schränken und Wirtschaftsfragen dabei außer acht lassen. Diese Auffassung sei falsch. Die Auslandsbeziehungen der Vereinigten Staaten, die politischen ebenso wie die wirtschaftlichen, seien unteilbar. Präsident Truman ging auf die Gefahren in der gegenwärtigen Entwicklung der Weltwirt- schaft ein, die immer stärker auf eine Knebel- lung des freien Unternehmertums und auf eine autoritäre Staatswirtschaft hinsteuere. Dieser Weg sei nicht der Weg Amerikas. Er führe auch nicht zu einer friedlichen Zukunft. „Ebenso wie im Jahre 1920 haben wir jetzt einen Wendepunkt in der Geschichte erreicht“, erklärte Präsident Truman. „Die Volkswirtschaf- ten sind durch den Krieg in Unordnung geraten. Die Zukunft ist allerorts ungewiß. In dieser At- mosphäre des Zweifels und der Unsicherheit ist es von entscheidender Bedeutung, in welche Richtung die Vereinigten Staaten die Welt führen.“

Keine automatische Einbürgerung von Ausländerinnen in Großbritannien

London, 7. März. Ausländerinnen, die sich mit britischen Staatsbürgern verheiratet hätten, würden nicht mehr automatisch die britische Staatsbür- schaft erhalten, wenn ein Änderungs- vorschlag des britischen Staatsbürgerschaftes in Kraft tritt. Eine Anfrage hierzu wurde im britischen Oberhaus im Hinblick auf die große Anzahl von Heiratsgesuchen britischer Soldaten in Deutschland erhoben. Ausländische Frauen, die sich mit Briten verheiratet, sollen, wie der Lordkanzler ausführte, das Recht erhalten, um die britische Staatsangehörigkeit nachzusuchen. Für die Bewilligung oder Ablehnung ihrer Ge- suche soll ihre bisherige Nationalität nicht aus- schlaggebend sein.

Oppositionsantrag abgewiesen

London, 7. März. (DPD-Reuter). Ein Antrag der Unterhausopposition auf Ablehnung der Re- gierungspolitik, die Macht in Indien von Groß- britanien auf die Linder selbst zu übertragen, wurde am Donnerstagabend mit 377 gegen 185 Stimmen abgelehnt.

Neue Wege der Wirtschaft

Der Landtag verwirft marxistischen Sozialisierungsantrag — Volksentscheid abgelehnt Bericht über Ernährungskrise — CDU fordert Aufklärung über Demontage

Düsseldorf, 6. März. (Eig. Bericht.) In der mit großer Spannung erwarteten Abstimmung über die Sozialisierungsfrage in Nordrhein-Westfalen gab der Landtag einem CDU-Antrag seine einstimmige Zustimmung, der die Offenlegung der Besitzverhältnisse im Berg- bau und in der eisenschaffenden und chemischen Großindustrie fordert.

Ein weiterer Antrag der CDU-Fraktion, der die Lan- desregierung ersucht, bei der Militärregierung die Ueber- tragung der entsprechenden Kompetenzen auf die deut- sche Gesetzgebung zur Ent- lehnung der Großindustrie und zur Neuordnung der Be- sitz- und Machtverhältnisse zu erwirken, wurde gegen die Stimmen der SPD und KPD angenommen.

Volksentscheidantrag abgelehnt

Die KPD-Anträge auf Ueberführung der Berg- werk- und aller Werke der Eisen-, Stahl- und chemischen Industrie in Staatsbesitz und der Antrag auf einen Volksentscheid über diesen Gesamtantrag wurden abgelehnt. Ebenso wur- den die Anträge der SPD-Fraktion auf Ueberfüh- rung der Kohlen-, Eisen- und Stahlwirtschaft in das Gemeindeigentum und der Dringlichkeits- antrag der SPD über eine Volksbefragung wegen dieser Ueberführung abgelehnt.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Volksentscheidantrag wurden 104 Stimmen der CDU und FDP gegen 91 Stimmen des Zentrums, der SPD und KPD für den Volksentscheid ge- zählt. Damit waren alle Sozialisierungsanträge abgelehnt. Als Sprecher der CDU-Fraktion hob Dr. A. De- nauer besonders die Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber hervor und sagte, daß der CDU die Regelung des Be- sitzverhältnisses nicht mehr am Herzen liegt, als die Regelung des Arbeitnehmer-Arbeitgeber- Verhältnisses. Er führte weiter aus, Planung und Regelung seien notwendig. Jedoch dürfe Planung und Regelung nicht Selbstzweck sein, sondern müssen in den notwendigen Rahmen gebracht werden.

Vor einer neuen Ernährungs- krise?

Ernährungsminister Lübke gab eine Ueber- sicht über die Ernährungslage. Die wichtige „Erhöhung“ der Rationssätze zwecks Andie- chung der Sätze an die USA-Zone habe als Er- gebnis nicht eine Erhöhung, sondern eine Kür- zung der Ration, ferner nur eine minimale Erhöhung der Fleischration, dagegen aber eine Kürzung der Zucker- und Getreideration. Beson- ders katastrophal auf lange Sicht gesehen, werde sich die Kürzung in der Fettzuteilung für Kinder und Jugendliche auswirken.

Der Ernährungsminister führte weiter aus, daß 100.000 Zentner Brotgetreide täglich auf Eisen- bahn- und Straßen von den Nordseehäfen nach Nordrhein-Westfalen geschafft werden müßten, um die Brotversorgung der Bevölkerung, auf- rechterhalten zu können. Es sei eine Vereinba-

rung getroffen worden, so fuhr der Minister fort, daß vom 23. Februar an nur Mehlzüge für Nordrhein-Westfalen gefahren werden sollten, aber diese Züge sei nicht eingehalten worden. Eine neue Hungerkrise deute sich an. Die Zu- sage des ehemaligen USA-Präsidenten Hoover sei der einzige Strohhalm, an den sich der ge- ringe Optimismus noch klammern könne.

Im weiteren Verlauf der Landtagssitzung sprach der Abg. Middelhaube (FDP). Er stellte fest, daß Minister Hynd über die Er- nährungslage in Deutschland sehr schlecht un- terrichtet sei, sonst hätte er im englischen Un- terhaus nicht erklärt, daß man in Deutschland noch nicht von einer Hungerkatastrophe spre- chen könne. Wenn in den großen Städten un- seres Landes der tägliche Kalorienatz teilweise unter 1000 liegt, so könne man wohl von einer Hungerkatastrophe sprechen. Hynd erklärte im Unterhaus: „von Kleinigkeiten abgesehen, konnte die Zuteilung vollwertig ausgeben werden“. Man habe den Eindruck, sagte der FDP-Abge- ordnete, daß nicht die nötige Kenntnis in dieser Frage vorläge. Hynd hat weiterhin erklärt, daß nur die besonderen Schwierigkeiten eine Aus- gabe von 1550 Kalorien unmöglich machten. Der FDP-Sprecher fuhr fort: Warum gibt man z. B. den Waggonsfabriken in Köln-Deutz nicht die Möglichkeit, Waggons herzustellen, obwohl das Material dazu vorhanden ist? Ich muß schon sagen, daß das in einem Widerspruch zu dem steht, was als guter Wille uns von alliierter Seite vor Augen geführt wurde.

Der Landtag befähigt sich weiter in einer Ent- scheidung mit dem unverantwortlichen Holz- einschlag und stellt fest, daß man aus einem Holzeinfuhrland kein Holzexportland machen könne.

Kriegsgefangene — Vertriebene

Im Hinblick auf die Moskauer Konfe- renz brachte Dr. Adenauer eine Entschlie- ßung der CDU-Fraktion ein, schnellstens einen Appell zu richten an die Alliierten auf Freigabe der Kriegsgefangenen und Rückführung der Ver- triebenen und der vielen Tausenden von Frauen und Mädchen, die zur Zwangsarbeit in verschie- denen Ländern gebracht worden seien. Der An- trag wurde vom gesamten Plenum einstimmig angenommen.

Dr. Lehr rehabilitiert

Dr. Lehr, der auf Grund eines Mißtrauens- votums der KPD sein Amt als Präsident des Landtages zur Verfügung gestellt hatte, wurde am Dienstag rehabilitiert. Der Untersuchungs- (Fortsetzung auf Seite 2)

Müssen die armen Länder hungern?

Schlechte Aussichten für Welternährungslage

Washington, 7. März. — (DPD-Reuter) — Die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen „Brottra- tion“ in Großbritannien und in anderen Ländern bezeichnet der Generalsekretär des internatio- nalen Notstandsernährungsausschusses, Denis Fitz- gerald, am Mittwoch als „sehr unwahrschein- lich“. In der Welt sei auch bei der diesjährigen Ernte keinerlei Ueberschuß an Brotgetreide in Sicht, es sei denn, daß es eine sehr gute Reize- ernste in Süd- und Ostasien geben werde, die eine weitere Belieferung dieser Gebiete mit Brot- getreide überflüssig mache.

Es sei noch zu früh, die Ernteaussichten für das Jahr 1947 genau beurteilen zu können, je- doch hätten die in Westeuropa gemachten Fest- stellungen davon überzeugt, daß die Ernteergeb- nisse dieses Jahres geringer sein würden als die Bedürfnisse und möglicherweise unterhalb der Produktionsziffern von 1946 lagen. Man könne mit einem großen Grade von Wahrscheinlichkeit sagen, daß für das Jahr 1947 kein Brotgetreide- überschuß zu erwarten sei.

Wenn der amerikanische Kongreß zulasse, daß die während des Krieges gegebene Ernährungs- zur Kontrolle der Einfuhr und der Regelung der Ausfuhr am 31. März aufhöre, so werde sich dies sofort auf die Ernährungslage auswirken. Er sei davon überzeugt, daß Amerika zwar genau so viel Weizen liefern werde. Aber das Erlöschen der Regierungsvollmachten bedeute, daß der Weizenpreis sich erhöhe und daß demzufolge die Einfuhrverteilung auf die Importländer sich ver- ändern werde. Die Länder mit einem umfang- reichen Außenhandel würden größere Lieferun-

gen erhalten. Diejenigen Länder aber, die einen solchen Außenhandel nicht besitzen und Nahr- lungszuführen am meisten nötig haben, würden wesentlich schlechter ausgehen.

Absinkende Einfuhren

Hamburg, 7. März. Um das 8-4fache gegenüber den Vorwochen ist die Lebensmittelfuhr über Ham- burg abgesunken. Sie betrug in der letzten Februarwoche 15.585 Tonnen.

Unter den Einfuhren waren u. a. zu verzeich- nen: 8000 Tonnen Weizen aus USA; 452 Tonnen Trockenkartoffeln aus Kanada und Australien sowie 2354 Tonnen Saaten aus England, Kanada und Ungarn. An Fischen wurden rund 4000 Ton- nen frische Heringe aus Norwegen gelöscht, während die Eigenfänge, die vorwiegend aus Ka- beljau bestanden, rund 350 Tonnen betragen.

Zucker freigegeben

Hamburg, 6. März. (DPD) — Eine Freigabe von je 5 Prozent Weiß- und Verbrauchs-Roh- zucker ist, wie die Pressestelle für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg mitteilt, im Zuge der Zuckerbewirtschaftung durch die zu- ständige Hauptstelle verfügt worden. Dieser Zuk- ker wird in der britischen Zone und im Lande Grobessen noch im Laufe der augenblicklichen Zuteilungsperiode zur Ausgabe gelangen, so daß es möglich sein wird, die vorgesehenen 500 gr Zuckerzuteilungen voll aufzurufen.

Außenminister unterwegs

Berlin, 7. März. (DPD-Reuter) Auf dem Wege nach Moskau traf Außenminister Bevin am Donnerstag in Warschau ein, wo er eine ein- stündige Rundfahrt durch die Ruinen der Stadt unternahm. In Berlin war der britische Außen- minister, der in einem Sonderzug, bestehend aus 7 Schlafwagen, 4 Gepäckwagen und 1 Mann- schaftswagen, von einem großen Aufgebot von Kameraleuten und Journalisten empfangen worden. „Ich hoffe erfolgreich zu sein“, ant- wortete Bevin auf die Frage nach den Aussich- ten der Moskauer Konferenz.

Der amerikanische Außenminister Marshall flog am Mittwoch aus Washington ab. Er machte in Paris Station und wurde am Donnerstag von dem französischen Ministerpräsidenten Ramadier empfangen. Marshall wird den Sonnabend und Sonntag in Berlin verbringen, wo er vor dem Weiterflug nach Moskau mit General Clay Be- sprechungen haben wird.

In Berlin traf am Donnerstag der französische Außenminister Bidault, von 20 Journalisten begleitet, ein. Noch am gleichen Tage setzte Bidault seine Reise nach Moskau fort.

Gromyko beschuldigt USA

Lake Success, 7. März. (DPD-Reuter) Die Ver- einigten Staaten wurden in der Mittwoch-Sitzung des Sicherheitsrates der UNO von dem sowjet- schen Delegierten Andrei Gromyko beschul- digt, die Interessen der Vereinigten Nationen ihren eigenen „engen nationalen Interessen“ unterzu- ordnen. Die Sowjetunion halte die Schaffung der Atomkontrolle solange für unmöglich, bis alle Nationen einen Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet haben, äußerte Gromyko.

Als „erschütternd“ bezeichnete die konserva- tive Londoner Zeitung „Daily Mail“ die weitere Äußerung Gromykos, daß die Sowjetunion nie- mals einer internationalen Rüstungsinspektion ihre Grenzen öffnen würde. Die Erklärung Gromykos lasse zwei Auslegungen zu. „Die erste Auslegung ist, daß die Erklärung tatsächlich die sowjetische Politik darstellt, in welchem Falle die UNO vor unseren Augen zusammenbricht und die Moskauer Konferenz zu einer Falle wird. Die zweite Auslegung ist, daß die Erklärung lediglich die sowjetische Taktik fortsetzt, um- mögliche Forderungen zu stellen, um gewisse Zustände zu erzielen.“

Westfälische Nachrichten

Nr. 19 Münster, den 8. März 1947

Neues Wirtschaftsdenken

Der erste Landtag des Landes Nordrhein-Westfalen hat seine Legislaturperiode mit einer mehrstägigen Debatte, in der Fragen der Ernährung und der Wirtschaftsneuerung im Vordergrund standen, abgeschlossen. Es ist für den parlamentarischen Betrieb charakteristisch, daß angesichts unmittelbar bevorstehender Neuwahlen das agitatorische, auf den Wähler abgestimmte Moment gegenüber dem sachlichen Argument stark in den Vordergrund zu rücken pflegt. Diese Tendenz kam unzweideutig in den Anträgen der KPD und der SPD auf entschädigungslose Enteignung der Grundindustrien und der Durchführung eines entsprechenden Volksentscheides zum Ausdruck. Diese Anträge waren von vornherein nicht in der Voraussicht gestellt, sie zur Annahme zu bringen, — dafür fehlten alle Voraussetzungen — sondern in der Absicht, sie als Propagandamaterial für den Wahlkampf auszunutzen. Wenn sie überhaupt in diesem Zusammenhang einig Interesse bedingen, so nur aus dem Grunde, als sich hier zeigte, daß das Neue Zentrum bei der Abstimmung über diese Anträge sich bedingungslos in die Gefolgschaft seiner marxistischen Freunde einreihete.

Abgesehen von diesem Zwischenfall aber war es erfreulich, feststellen zu können, daß in dieser Märztagung des Landtages so etwas wie vom Frühlingserwachen eines neuen Geistes zu verspüren war. Eine solche Verheißung sehen wir im dem sachlichen und ruhigen Eingehen der Vertreter fast aller Parteienrichtungen, auf die konstruktiven Anträge der CDU, die unter Vermeidung des abgegriffenen Schlagwortes „Sozialisierung“ die organische Überführung unserer Grundindustrien aus der privaten Besitzsphäre in die der Gemeinschaft unseres Volkes zum Ziel hatten.

Nicht nur der der FDP zugehörige Finanzminister Blücher, sondern auch ein Sprecher der SPD gaben ihrer Auffassung Ausdruck, daß diese Anträge eine Fülle von Gesichtspunkten böten, die der Beachtung und des Nachdenkens wert seien. Und noch bemerkenswerter als solche platonischen Anerkennungen erscheint die Tatsache, daß einer der sechs CDU-Anträge — Offenlegung der Besitzverhältnisse in den Schlüsselindustrien — sogar einstimmig zur Annahme gelangte, während die übrigen nicht nur die Stimmen der eigenen und der FDP auf sich vereinigen, sondern jeweils auch Zustimmung aus anderen Parteienkreisen, so u. a. die des Zentrumsmannes Dr. Amelunxen fanden.

Die CDU-Anträge sind gewiß zunächst lediglich als Material zur Ausarbeitung entsprechender Gesetzentwürfe der Landesregierung überwiesen worden. Ihrem Gehalt und ihrer Bedeutung entsprechend aber wären sie wert und geeignet, Grundlage und Programm einer eigenständigen Reform des gesamtdeutschen sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu werden. Denn das scheint uns besonders wertvoll an diesen Anträgen, daß sie einen grundsätzlich selbständigen von ausländischer Bevormundung und Präjudizierung sich bewußt freihaltenden Beitrag zur Formung einer zukünftigen deutschen Wirtschaftsordnung bieten, und von dem Recht zur eigenen Ordnung im eigenen Hause und nach eigenen deutschen Bedürfnissen ausgehen.

Darin und in der Tatsache, daß diese Reformvorschlüsse auf das natürliche Recht des Menschen aufbauen, auf das sich in Zukunft das Verhältnis Arbeitnehmer — Arbeitgeber gründen soll, — ganz unabhängig davon, ob dabei der Staat oder irgendeine Gemeinschaft oder auch der einzelne Privatunternehmer dieser Arbeitgeber sein wird — spiegelt sich das neue vorwärts gerichtete Gesicht dieses Programms. Die Sicherung des menschlichen Rechtes und des wirtschaftlichen Interesses des arbeitenden Menschen im vernünftigen Ausgleich zu den Interessen der Gesamtheit ist hier das Leitmotiv, vor dem alle theoretischen Spekulationen und alle veralteten marxistischen Wirtschaftsdogmen verblasen. Staatskapitalismus und kollektivistischer Sozialismus können Elemente der Sklaverei und der Barbarei sein. Das hat die Vergangenheit genügend erwiesen. Je mehr die Ismen und Doktrinen ökonomischer Lehrgänge ihren einstmaligen magischen Glanz im Schutt und Staube unserer brutalen Wirklichkeit einbüßen, um so stärker und nachhaltiger muß für ein christlich-demokratisches Wirtschaftsdenken der Grundsatz in den Vordergrund treten: Keine Ausbeutung des Menschen durch andere Menschen, keine Ausbeutung des Volkes durch andere Völker.

Zusammenschluß der Europa-Verbände

In Ascheberg (Westf.) fand eine mehrstägige Konferenz führenden Männer der Pan-Europäischen Verbände, u. a. der „Deutschen Liga für Föderalistische Union Europas“ und „USE-Union“ statt. Als wichtigster Verhandlungspunkt stand die Erörterung der gemeinsamen Ziele, sowie der Zusammenschluß zu einem einheitlichen schlagkräftigen Verband auf der Tagesordnung. Das Ergebnis war die Bildung der „Bewegung Vereinigte Staaten von Europa“ — „USE-Liga“ mit dem Sitz in Ascheberg (Westf.), unter Beibehaltung auch einer Geschäftsstelle in Schwerte/Westf. Es ist erfreulich, daß in der Öffentlichkeit vielfach beklagte Zustand der Zersplitterung nunmehr beseitigt ist, und die Werbung für die Pan-Europa-Idee jetzt verstärkt durchgeführt werden kann. Die Bewegung ist inzwischen auch in der amerikanischen Zone zugelassen worden.

Die neue Kaltluftwelle

Hamburg, 7. März. Neue Kaltluft für Nordwestdeutschland führt das Tief auf seiner Rückseite heran, das am Donnerstagabend vorübergehend Tauwetter für unser Gebiet brachte. Dadurch sind die Temperaturen wieder bis zu minus 8 und nachts auf minus 6 Grad abgesunken. Außerdem ist bei nördlichen Winden und bedecktem Himmel mit leichten Schneefällen zu rechnen.

Soweit sich die Wetterlage vom Meteorologischen Amt Quilichorn übersehen läßt, ist demnach für die nächsten Tage keine Milderung zu erwarten.

Nazi-Richter auf der Anklagebank

Prozeß gegen 15 ehemalige führende Justizbeamte beginnt

Nürnberg, 7. März. — (BPD-Eigenbericht) — Mit der Eröffnungsrede des amerikanischen Hauptanklägers in Nürnberg, Brigadegeneral Telford Taylor, begann am Mittwochvormittag im Nürnberger Justizpalast der Prozeß gegen 15 führende Justizbeamte und Richter des Dritten Reiches vor dem amerikanischen Militärgericht.

General Taylor erklärte in seiner mehrstündigen Rede unter anderem: „Dieser Fall ist insofern einzig in seiner Art, als die Angeklagten solcher Verbrechen beschuldigt werden, die im Namen des Gesetzes begangen wurden. Diese Männer, zusammen mit ihren verstorbenen oder flüchtigen Kollegen, waren die Verkörperung dessen, was im Dritten Reich unter Gerechtigkeit verstanden wurde. Die meisten Angeklagten waren zu verschiedenen Zeiten Richter, Staatsanwälte und Beamte des Justizministeriums. Mit einer Ausnahme waren sie alle Berufsjuristen. Sie sind mit Gerichten und Gerichtssälen wohl vertraut, wenn auch ihre jetzige Rolle neu für sie sein mag. Tatsächlich besteht die Grundlage der Anklage darin, daß diese Männer bewußt und vorsätzlich das Gericht unterdrückten, brutale Tyrannei riefen und Gerechtigkeit verkleideten und das deutsche Justizsystem in eine Maschine des Despotismus, der Eroberung, der Plünderung und der Schlägerei umwandelten.“

In bezug auf die Beweisführung in diesem Verfahren erklärte General Taylor, in diesem Prozeß solle dargelegt werden, daß die meisten, wenn nicht alle Angeklagten, Mord begangen hätten. Kenntnis des Wesens und der Wirkung einer tödlichen Waffe sei in diesem Prozeß von größter Bedeutung. Die meisten Angeklagten seien direkt und aktiv daran beteiligt gewesen, diese Waffe zu schmieden.

In seinem Schlußwort erklärte der Anklagevertreter: „Dieser Prozeß wendet sich an die Moralbegriffe der zivilisierten Welt und legt

daher den Völkern der Welt auf, die hier angewandten Normen als Maßstab anzuerkennen. Wir trachten glänzend, in Deutschland die Wahrheit wieder aufzurichten. Nürnberg muß ein Symbol werden, nicht der Rache oder der satten Selbstgefälligkeit, sondern des Friedens und des Verständnisses unter den Völkern.“

Die enge Zusammenarbeit zwischen der Reichsführung SS und dem Reichsjustizministerium, die sich vor Kriegsbeginn bereits anbahnte und im Verlauf des Krieges immer enger wurde, kam in Dokumenten zum Ausdruck, die am Freitag, dem 2. Tag der Beweisaufnahme im Nürnberger Juristenprozeß, von der Anklagebehörde vorgelegt wurden.

2 Todesurteile im Neugamme-Prozeß

Hamburg, 7. März. (DPD) Zum Tode durch den Strang verurteilt wurden am Freitagvormittag im fünften Neugamme-Prozeß im Hamburger Curio-Haus die beiden früheren SS-Angehörigen Albert Lütke Meyer und Wilhelm Kieß, die unter der Anklage standen, alliierte Staatsangehörige im Konzentrationslager Neugamme mißhandelt und getötet zu haben.

Vichy-Botschafter zum Tode verurteilt

Paris, 6. März. (DPD) — Der französische Botschafter der Vichy-Regierung bei den deutschen Besatzungsbehörden in Paris, Fernand de Brion, wurde am Donnerstag vom obersten französischen Gerichtshof in Versailles zum Tode verurteilt.

Ohne Geldreform kein Optimismus

Die finanzielle Situation in der britischen Zone

Berlin, 6. März. (DPD) Ueber den Finanzaufbau der britischen Zone sprach in einer Pressekonferenz in Berlin am Donnerstag der Chef der Finanzdivision der Militärregierung.

Die deutschen Länderregierungen, so führte er aus, haben mehr und mehr Verwaltungsaufgaben übertragen bekommen. Ihnen wurde eine Anzahl Steuern als Einnahmequellen zugewiesen, die früher Reichsteuern waren. Solche dezentralisierten, den Ländern übertragenen Steuern, sind insbesondere die Vermögens-, Umsatz-, Kraftfahrzeug-, Versicherungs-, Wett-, Lotterien- und eine ganze Reihe weiterer indirekten Steuern, wie sie für Zucker, Bier, Wein, Streichholz, Tabak und Spielkarten erhoben werden.

Das Gesamtaufkommen dieser Steuern wird in diesem Jahre annähernd 2 Milliarden Reichsmark betragen und mithin mehr als ein Viertel der Reichsteuern ausmachen.

Die öffentlichen Haushalte der Länder und Gemeinden in der britischen Zone sind ausgeglichen. Das Zonenbudget besteht aus zwei Teilen. Dem ordentlichen Budget für die laufenden Ausgaben, das dem Reichsbudget vor dem Kriege entspricht, und dem außerordentlichen Budget, das besondere Ausgaben wie beispielsweise die

Kosten der Besatzung zu bestreiten hat. Beide Budgets schließen für die ersten Monate des Finanzjahres am Jahresende 1946 mit einem Überschuß von 1850 Millionen ab, der sich im Laufe des letzten Quartals noch vergrößern wird.

Dem Geldumlauf wurden mehr Mark entzogen, als Besatzungsgeld in Umlauf gebracht wurde. Deshalb ist der Notenumlauf in der britischen Zone jetzt geringer als zu Beginn der Besatzung. Bevor die vier Alliierten die kommende Geldreform nicht festgelegt haben, lasse sich über diese nichts sagen. Ueber ihre Notwendigkeit besteht aber kein Zweifel. Produktion und Außenhandel leiden darunter, daß die Geldreform noch nicht durchgeführt ist. Bevor sie nicht perfekt geworden ist, könne man sich über die wirtschaftliche Situation keinem Optimismus hingeben.

Was an Hausbrand geliefert wurde

Essen, 6. März. Die Hausbrandlieferungen aus der britischen Zone in der Zeit vom 1. Oktober 1946 bis 31. Januar 1947 für den Verbrauch in der britischen und amerikanischen Zone (ohne Brennholz, Strom und Gas) sind hinter dem Liefersoll zurückgeblieben, wie aus einer Zusammenstellung des deutschen kohlenspezifischen Amtes hervorgeht.

Nach dieser Aufstellung wurden in den erwähnten 4 Monaten in der britischen Zone von einem Liefersoll von 543 380 Tonnen Steinkohlen-Einheiten 313 761 Tonnen, das sind 57,45 Prozent des Solls abgegeben, und zwar zum überwiegenden Teil in Form von Braunkohlenbriketts. Außerdem wurden in der britischen Zone an minderwertiger Kohle (Schlamm und Graß) von einem Soll von 200 000 Tonnen 132 262 Tonnen, also 66,13 Prozent, und an Rohbraunkohle von einem Soll von 50 000 Tonnen 5 727 Tonnen, mithin 11,45 Prozent für Hausbrandzwecke geliefert. Von einem Liefersoll von 76 667 Tonnen Gaskoks wurde nichts für Hausbrandzwecke geliefert, dagegen wurden von der vorgesehenen

Die hessische Schulfrage

Der vorparlamentarische Raum, in dem das Neue Zentrum nach den Forderungen seiner maßgebenden Männer weltanschauliche Auseinandersetzungen geführt wissen will, stellt sich nach vorliegenden Beispielen als eine agitatorische Schauvorbereitung politischer Vorverspiele dar, in denen Tabusteile und Wahrheiten absichtlich verzerrt werden. Ein Beispiel dafür ist die hessische Schulfrage. Seit Wochen gehört sie zum propagandistischen „Steckbrief“ des Neuen Zentrums, das sich um so bequemer reitet, als man hier die Zügel der Verleumdung ohne Gefahr schießen lassen darf, auf die eigene Nase zu fallen. Denn bekanntlich ist das Neue Zentrum im hessischen Parlament nicht vertreten. Man wirft also der CDU vor, sie hätte durch ihre Koalitionspolitik mit der SPD die Sache der christlichen Bekenntsschule verraten.

Was ist nun tatsächlich geschehen? In der verfassunggebenden Versammlung haben sich die CDU und die FDP im hessischen Parlament einer marxistischen Mehrheit gegenüber. Angesichts dieser Mehrheit mußte sich die CDU, wenn anders sie die Mitbestimmung an entscheidenden Fragen des neuen Verfassungsentwurfes nicht von vornherein aufgeben wollte, zu einer Koalitionspolitik entschließen. Sie hat diesen Versuch unternommen mit dem Ergebnis, daß es nicht zu einer marxistischen Koalition, sondern zu einem Zusammengehen der CDU mit der SPD gekommen ist.

Der kritische Punkt in dem Zusammengehen mit der SPD war die Schulfrage. Vom Standpunkt der CDU kam es dabei grundsätzlich darauf an, die Gestaltung der Schule vom Elternrecht her bestimmen zu lassen. Dies ist insofern gelungen, als nach der neuen Verfassung die Elternbefragung bis zum 1. 1. 1950 gesichert wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt gilt die Wiederherstellung des Zustandes von 1933, und zwar — was vom Neuen Zentrum natürlich verschwiegen wird — auch in der Hinsicht, daß auf Wunsch der Eltern sofort wieder Konfessionsschulen eingeführt werden können, wo diese vor 1933 bestanden haben. (Das trifft besonders auf das ehemalige Kurhessen zu.)

Es handelt sich also keineswegs, wie das Neue Zentrum fälschlicherweise behauptet, um eine durch die politische Zwangslage bedingte Verletzung. Dabei ist besonders daran zu erinnern, daß auch das alte Zentrum, auf dessen Tradition ja das Neue Zentrum sich zu berufen nicht müde wird, vor 1933 mit der seit hundert Jahren in Hessen bestehenden Gemeinschaftsschule sich abfinden und diese auch de facto anerkennen mußte.

Im übrigen hat die CDU in Hessen nur das getan, was das Neue Zentrum heute als seine ihm zugefallene Aufgabe ausgibt, nämlich: das Volk nicht in zwei feindliche Lager sich spalten zu lassen. Denn dies wäre die unausweichliche Folge gewesen, wenn der Kampf gegen einen rein marxistischen Verfassungsentwurf hätte geführt werden müssen.

Das sind die Tatsachen, denen gegenüber das Neue Zentrum, statt Verleumdungen und Verdrehungen auszustreuen, sich lieber darauf besinnen sollte, daß auf seinem entliehenen Banner auch das Wort „Wahrheit“ steht.

Torfmenge 92,84 Prozent für Hausbrandzwecke ausgegeben.

Das Hausbrandliefersoll aus der britischen in die amerikanische Zone belief sich auf 276 665 Tonnen Steinkohleneinheiten, wovon 128 030 Tonnen 46,28 Prozent erfüllt wurden. Diese Lieferungen bestanden zum überwiegenden Teil aus Braunkohlenbriketts.

Kohlenausfuhr der britischen Zone

Essen, 7. März. (DPD) — 10 Millionen Tonnen Steinkohle und Koks und 1,9 Million Tonnen Braunkohlen-Briketts wurden im Jahre 1946 aus der britischen Zone exportiert, wie einer Darstellung des deutschen kohlenspezifischen Amtes in Essen zu entnehmen ist.

Im einzelnen erhielten im verflossenen Jahr Oesterreich 1 588 000 Tonnen Steinkohle (und 520 000 Tonnen Braunkohle), Frankreich 1 459 000 (und 610 000), Belgien 1 324 000 (und 296 000), Holland 1 286 000 (und 341 000), Dänemark 1 469 000 (und 17 000), Luxemburg 1 225 000 (und 185 000).

Die Wohnverhältnisse der Ruhrarbeiter

Hamburg, 7. März. (DPD) Ueber die Wohnungs- und Lebensverhältnisse der Männer, die ins Ruhrgebiet kommen, um in den Bergwerken zu arbeiten, wird von amtlicher britischer Seite folgendes mitgeteilt:

Die Männer, die zur Bergarbeit ins Ruhrgebiet zuwandern, werden im allgemeinen in Lagern untergebracht, die in der Nähe der Bergwerke liegen. Die Lager, etwa 140 an der Zahl, bestehen aus Holzbaracken und Beton- und Ziegelbauten. Zur Zeit leben 20-25 000 Männer in diesen Lagern. Die meisten Lager wurden während des Krieges für die ausländischen Bergarbeiter errichtet. Heute sind die Drahtumzäunungen entfernt, die Baracken und Häuser repariert, gereinigt und hergerichtet worden.

Sobald das nötige Material zur Verfügung steht,

sollen die großen Schlafräume in kleinere Räume für 4-6 Mann unterteilt werden.

Die Baracken und Häuser werden durch Zentralheizung oder Öfen geheizt. Waschgelegenheiten sind vorhanden, obwohl die Bergarbeiter nach ihrer Schicht in den Zechen baden können. Die Hauptnahrung nehmen die Männer in den Zechen zu. Wo sie auch ihre Schichten für ihre Schichten erhalten. In einigen Lagern haben die Bergwerke den Einkauf sämtlicher Lebensmittel und ihre Zubereitung übernommen.

In jeder Zechen ist ein Leiter für die soziale Betreuung der Bergarbeiter in den Lagern ernannt worden. An der Spitze jedes Lagers steht ein Vertreter des Arbeitamtes, der Grubenleitung und der Gewerkschaften zusammengesetzt, überprüft die Lager täglich und sorgt dafür, daß Mißstände abgestellt und Verbesserungen durchgeführt werden.

desregierung auf Grund eines Antrages der CDU-Fraktion unternommen, der am dritten Sitzungstag des Landtages angenommen wurde.

Einmütiges Bekenntnis zur Reichseinheit

Ein einmütiges Bekenntnis zur deutschen Reichseinheit legten die Abgeordneten auf dem letzten Sitzungstag des Landtages vor den Neuwahlen in Düsseldorf ab.

Der Landtag nahm eine Entschließung an, in der er sich zu einem einheitlichen demokratischen Deutschland mit bundesstaatlicher Verfassung und dezentralisierter Verwaltung bekennt. Mit Entschiedenheit wendet er sich in der Resolution gegen alle reaktionären Kräfte, die durch ihre politische Haltung die notwendige Einheit Deutschlands gefährden und hindern. Mehr als bisher erwiese es sich, daß nur durch die Überwindung der Zonenbarrieren und durch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten beseitigt werden können. Die Deutschen aller Zonen fühlen sich als eine einheitliche Nation.

Lizenzträger: Frz. Bornfeld-Eitmann, Fr. L. Hüter, Dr. G. Hasenkamp — Hauptschriftleiter: Dr. Th. Erker — Verlag: Westfälische Nachrichten, G. m. b. H., Münster (Westf.) — Auflage 111.700. Schriftleitung und Anzeigenabteilung, Münster, Prinzipalmarkt 18/14, und Oelde (Westf.), Ruggestraße 27/29. — Druck: E. Hottelard, Oelde. Preis der einzelnen Ausgabe 20 Rpf.

KURZNACHRICHTEN

Hamburg, — 11 784 Vertriebene aus Polen sind, obwohl die Operation „Schwalbe“ unterbrochen ist, seit 3. Januar 1947 über die russische in die britische Zone gekommen. (DPD)

Hamburg, — Die Unterbringung belgischer Familien im Regierungsbezirk Aachen macht die Umsiedlung von 7900 Deutschen notwendig, die nach der Welterbesserung in der Mehrzahl in ihrem Wohnbezirk neue Unterkünfte erhalten sollen. Minden, — 190 559 Paar Schuhe wurden von Mai 1946 bis einschließlich Januar 1947 für den britischen Sektor Berlin bereitgestellt, wie das Verwaltungsamt für Wirtschaft in Minden mitteilt. (DPD)

London, — Um 6 Milliarden Pfund verschlechterte sich Großbritanniens Stellung am Weltkapitalmarkt infolge des Krieges, wie aus den Schätzungen des Weißbuches über Großbritanniens Wirtschaftslage im Jahre 1947 hervorgeht. (DPD)

London, — Eine Antiepileptika von etwa 29 Millionen Golddollar wird die Sowjetunion Polen gewährt. London, — Die britische Offiziers- und Mannschaften umfassen. Die Ausgaben für die Kriegesflotte belaufen sich auf 166 700 000 Pfund Sterling. Kopenhagen, — Große Fettlager wurden von den dänischen Schweinefleischfabriken angesammelt. Man erwartet in Kürze die Mittelung, daß die Ausfuhr einsetzen kann. (DPD)

Paris, — Champetier de Ribes, der Präsident des französischen Oberhauses, starb am Donnerstag früh in seinem Wohnsitz. (DPD)

Moskau, — Dem sowjetrussischen Fallschirmspringer Oberst Komysjuk, ist wie Radio Moskau meldet, ein Fallschirmabprall um 18 km Höhe mit einem üblichen Fallschirm und einem normalen Atmungsgerät gelungen.

New York, — Zwei Personen wurden zu Tode getötet und weitere vier verletzt, als Tausende von Menschen versuchten, in das überfüllte Nationalstadion in Mexiko-Stadt einzudringen, wo USA-Präsident Truman einen Festspiel bewohnte. (DPD-Reporter)

Neue Wege der Wirtschaft

(Fortsetzung von Seite 1)

aussech des Landtages, der sich mit dem Mißtrauensantrag zu befassen hatte, hat den Antrag zurückgewiesen und dem Landtag den Uebergang zur Tagesordnung empfohlen.

CDU fordert

Bekanntgabe der Demontageliste

Die Bekanntgabe der Liste der zur Demontage bestimmten Werke oder die Gründe für die Nichtveröffentlichung dieser Liste wurde am Mittwoch in einer Anfrage der CDU-Fraktion gefordert.

In der Anfrage der CDU heißt es, daß der Alliierte Kontrollrat eine Zusammenstellung von Industriewerken herausgegeben habe, deren Demontage zu Reparaturzwecken beabsichtigt sein soll. Die Liste soll 750 Firmen in der britischen Zone umfassen, von denen mehr als 200 auf das Gebiet von Nordrhein-Westfalen entfallen sollen. Bedeutende Unternehmungen aller Produktionszweige und führende Firmen der deutschen Grundindustrie sollen in der Liste stehen, deren Abbau den Zusammenbruch ganzer Städte und Gebiete bedeuten und das Gefüge der deutschen Wirtschaft völlig zerreißen würde. Auch soll, wie es in der CDU-Anfrage weiter heißt, der Abbruch oder die Stilllegung von 25 Zementwerken vorgesehen sein.

Die CDU-Fraktion stellt an den Landtag den Antrag, die Bekanntgabe der Demontageliste zu erwirken. In der amerikanischen Zone seien den deutschen Behörden nicht nur die Namen der zu demontierenden Fabriken mitgeteilt, sondern es sei ihnen auch die Möglichkeit zur Geltendmachung ihrer Bedenken eingeräumt worden. Für eine andere Handhabung sei auch in der britischen Zone kein Grund vorhanden.

Drei Anträge, in denen sich die CDU mit der Demontage beschäftigt und vor allem Aufklärung über ihren wahren Umfang fordert, wurden angenommen.

Beamte werden nicht gewählt

Ein Gesetzesentwurf, nach dem Beamte, Angestellte und Arbeiter in öffentlichen Dienststellen nicht in den Landtag von Nordrhein-Westfalen gewählt werden können, wurde vom Landtag in seiner Sitzung am Mittwoch angenommen. Alle Personen, die im Dienste einer Gemeinde, eines Gemeindeverbandes oder des Landes Nordrhein-Westfalen stehen, können danach nicht in den Landtag gewählt werden. Nur Lehrer an öffentlichen Schulen und Hochschulen werden von diesem Gesetz nicht betroffen.

Rundfunk und § 218

Schritte zur Unterbindung der Diskussion im Nordwestdeutschen Rundfunk zu Gunsten einer Abschaffung des Paragraphen 218 soll die Lan-



Die Mahnung, nicht zu töten, sollte überall, Sordfall befolgt werden, allein genügen nicht. Bereich Vorsorge treffen in Sicherheit zu halten.

Vom Standesamt: nele Borken 17. Todesfälle.

Schaf gestohlen. In Schaf gestohlen und hof abgeschlachtet. Urteile des Militärgericht verurteilt in Alois Lacken aus alliiertem Bietum. Maria N. und Gottfried unbedingten Gefängnis. Bewährungsfrist, und unbedingten Gefängnis nach Deutschland. sechs Wochen Gefängnis.

Unser: Dieser Winter hat Gespenst des Hungers haustüren geführt. Familien ihre Bitte zweifelter Not. Strassen vor erstarrten. erwarteten Getreide. Ein Anruf von der Bauern um Hilfe.

Für den Augenblick: Unsere Bauern haben konnten trotz aller Schwierigkeiten bis zum Beginn der Wintermonate in ihren inwischen 84 nach Borken bräus hat geholfen.

Sing- und Musik: Der Gang durch den nächsten Vortrag. Ein Ende, wie Oberkohlendampf der verzeihliche. Herr Dr. Rahnen seiner Vortrag abendständigen und deutschen Musik in wlesenen Beispielen der gemeinschaft nahegehe.

Der Komponist: Vorschlag, in einem Kreis sich der wohl in erster Linie Natur aus gegebenem Stimme, als auch etw. flöte, Geige, Klavier, auf Fragen der Qualität, zusammenhänge, der der, besonders. Die Gedanken der Frau Werk Beethovens; Erwartet Ludwig Weber, die den Ideen die durch uns, ein neues, wollen. Herr Ludwig Weber Hinweise geben; Lebrigste, der aus der kommt, hat sich da, klärt, die praktische übernehmen.

In der Schlußvor: Diese Musikerkreis, schule und sonstigen sterien Mitwirkenden.

Blick i:

Stenorn. Der Ho: Bidding von hier b: schuß der Handwer: Meisterprüfung.

Ramsdorf. Einem: Gäste nachts ein: schlachteten es in: Stelle wurden 40 k: Butter und einige: det. Drei Titer kon:

Raesfeld. Sonntag: Uhr, im Saale, Gr: Bud in k. Bottrop: Wahlen über Fragen: eigen Angewesen wu: Haushaltsgegenstän:

Heiden. Einem Ba: Hühner und 2 Häh:

Wescke. Im Saale: März, 16 Uhr, Schri: die zur Landtagewa: einer CDU-Kundgeb:

Der H:

Wie gedacht ich: die zur Landtagewa: die von ihrer Her:

In der dörflich b: in der sommerlich: betete der Prioste: „Dieses selne, un: milder Vater, wo:

Durch die Stille, klang ein dünne: von der Tür im: zaghaft erst, ver: viele Augen wanc: Maucher Forme: gern bereit, ein:

Auf den schwarz: kam ein kleiner: flink den Mitteln: ohne Abkunft, b: mibegrüßte und l: aber drohlig, juu: Tief am Boden i: wüßend, schnupp: er verhielt, er h: eingewinkelt an: und mit freudige: ganz nach vorne: wo gedrückt die:

Ihrer eine, sonnt: stebenjährig, sch: wird von über l: und behend den: neigte tief sie st:

Doch nun stüßte: kühnend an, voll: eine kleine helli:

Selig, daß die H: mit dem Sonnen: suchte durchs G: sich der Hand b:

Kein Verleugern: zitternd fast und: eckelte auf und: durch die Reibe:

